Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 144 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 24. Juni 1930

Die neuen alten Schwierigkeiten.

Zum Ergebnis der Sachsen-Wahl.

Nicht bloß in Sachsen selbst, sondern im ganzen Reiche, wo man mit dem Gedanken an eine Reichstagswahl umgeht, hat man sich in diesen Tagen immer wieder die Frage vorgelegt: wie werden die Nationalsozialisten bei der Landtagswahl abschneiden? Denn die Nationalsozialisten waren die eigentlichen Urheber der Landtagsauflösung, sie wollten eine Art Machtprobe haben und zeigen — und auch selbst wissen —, wie stark sie geworden sind. Die Antwort ist so klar wie nur irgend möglich ausgefallen: die Nationalsozialisten haben gesiegt.

Daran läßt sich nicht deuteln, — es ist ein Sieg, wenn eine Partei im Verlauf eines Jahres ihre Wählerzahl von rund 134 000 auf 377 000 und ihre Mandatszahl von 5 auf 14 zu steigern vermochte. Das ist ungefähr eine Verdreifachung, — aber es gibt auch Orte, wo sich die nationalsozialistische Stimmenzahl verzehn- oder sogar verzwanzigfacht hat. Und auch dort, wo man, wie im Vogtlande, glaubte, die besonders starke Propaganda habe schon längst alle Reserven herausgeholt, sind noch ganz wesentliche Steigerungen eingetreten. So in Plauen, wo die nationalsozialistischen Stimmen von 10 300 auf 19 800 stiegen und damit die Zahlen der Sozialdemokraten um 9000 übertreffen. In Dresden war 1929 die Deutsche Volkspartei zur stärksten Partei nach den Sozialdemokraten geworden, jetzt ist sie von 58500 auf 37 700 gesunken, die Nationalsozialisten aber sind von 13300 auf 44 900 gestiegen; jetzt sind sie die zweitstärkste Partei, und die Sozialdemokratie ist außerdem noch von 135000 auf 117000 herabgesunken.

Die Sozialdemokraten haben auch im ganzen Land verloren, daran ist aber zum Teil die geringere Wahlbeteiligung schuld, und deshalb haben sie von ihren 32 Mandaten auch nur eins abgeben müssen. Das haben die Kommunisten gewonnen, die jetzt 10 000 Stimmen mehr und 13 Mandate zählen. In der Hauptsache handelt es sich hier also um eine geringfügige Verschiebung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Abnahme der altsozialistischen Stimmen, die so weit geht, daß die Altsozialisten nicht eins ihrer bisherigen zwei Mandate retten konnten, ist dem Marxismus allerdings nicht zugute gekommen, auch daran scheinen die Nationalsozialisten gewonnen zu haben. Die Nationalsozialisten, für die vor allem die gewaltigen Verluste der bürgerlichen Parteien zum Gewinn geworden sind.

Drei Mandate haben die Deutschnationalen, fünf die Deutsche Volkspartei, eins die Wirtschaftspartei, eins die Demokraten und eins die Volksrechtpartei verloren, der Verlust an Wählerstimmen geht in die Hunderttausende. Es hätte keinen Zweck, das verschweigen zu wollen. Je klarer man sich die Dinge vergegenwärtigt, desto besser wird man daraus lernen. Ganz allein sind die Nationalsozialisten übrigens nicht die Gewinner: auch die beiden neuen Parteien — die Volksnationalen Mehrauns und der Christlich-soziale Volksdienst, haben je zwei Mandate zu erringen vermocht. Die einen mögen mehr, die andern weniger erhofft haben. Aber auch zwei Mandate vermögen da bei den knappen Mehrheitsverhältnissen des sächsischen Landtages ihre Rolle zu spielen. Hoffentlich ward sie so gespielt, daß nicht die Zersplitterung das einzige greifbare Ergebnis bleibt!

Nun wird man wieder eine Regierung bilden müssen, denn das alte Kabinett muß nach der Verfassung mit dem Zusammentritt des neuen Landtages seine Demission geben. Und da hat man wieder dieselben Schwierigkeiten wie vorher: klare Mehrheitsverhältnisse gibt es nicht. Die Große Koalition, die noch im alten Landtage rechnenmäßig möglich gewesen wäre, ist jetzt in der Minderheit, erst der Hinzutritt der Wirtschaftspartei würde die Mehrheit geben. Unmöglich ist aber auch die sogenannte Dreikoalition nach Thüringer Muster. Ohne die Demokraten wäre sie nicht zu bilden, diese aber denken natürlich gar nicht daran, auch nur darüber zu verhandeln. Es scheint ganz so, als werde man doch bald einsehen müssen, daß man wieder den Ausweg eines Beamtenministeriums, wie wir es jetzt im Kabinett Schieck haben, beschreiten muß, und wieder wird man sich dann, wie schon so oft seit dem Auflösungstage des 20. Mai, nach dem Sinn dieser Wahl fragen.

*

Was die Sachsenwahlen lehren.

Viel Zweck hat es nicht, mit dem parteipolitischen Rechenstift allerlei Auslegungskünste am Ergebnis der Sachsenwahlen zu veranstalten; denn dafür ist dieses Ergebnis doch ein allzu eindeutiges. Der Rechenstift bzw. der Verhandlungstisch wird wohl erst „in Funktion gesetzt" werden, um auf Grund des Wahlausfalles eine aktionsfähige Regierung zusammenzubringen, — was einigermaßen schwierig sein dürfte.

In den letzten Tagen war die Spannung über das Ergebnis der Sachsenwahlen in politisch maßgebenden Kreisen so gestiegen, daß sie ihre Schatten selbst über die Lösungsversuche der Reichskrise warfen: man wollte erst einmal abwarten, bis die sächsischen Wählermassen gesprochen hatten. Das ist ja nun geschehen, — aber welche Folgerungen daraus für die politisch-parlamentarische Konstellation im Reich gezogen werden sollen, läßt sich wirklich nur schwer sagen. Vielleicht nur das eine, das aus der Tatsache spricht, daß gegenüber den Parteien der Mitte die Sozialdemokratie ihren Besitzstand wenigstens einigermaßen hat wahren können, während die Mittelparteien stark nach der radikalen Rechten hin verloren haben. Die Strömungen werden anwachsen, die im Reich die Sozialdemokratie aus ihrer Oppositionsstellung wieder herausholen wollen. Das würde allerdings den Charkter, die Zusammensetzung und die Politik des bisherigen Reichskabinetts ganz wesentlich ändern; aber andererseits wird wohl dieses Kabinett nur angesichts des sächsischen Wahlergebnisses noch geringere Lust verspüren, in eine Auflösung des Reichstages und damit in einen Wahlkampf hineinzugehen, der zweifellos die hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien nicht unerheblich schwächen könnte. Und von dem andern Seits — neben der jetzt oppositionellen Sozialdemokratie — hauptsächlich die radikalen Flügelparteien profitieren würden. Somit wirkt das Ergebnis der Sachsenwahlen in seiner Rückwirkung auf die politische Atmosphäre im Reich nicht gerade reinigend und klärend, schafft zum mindesten nicht eine unbedingt eindeutige Linie für die politische Weiterentwicklung.

*

Die Suche nach einem Reichsfinanzminister

Dietrich bei Brüning.

Reichskanzler Brüning empfing Montag abend gegen 19 Uhr den Reichswirtschaftsminister Dietrich. In der Unterredung wurden, wie mitgeteilt wird, sämtliche grundsätzlichen Fragen der Finanzpolitik erörtert, ohne daß jedoch ein Ergebnis erzielt wurde.

*

Kabinettssitzung über Finanzprogramm und Dietrich

Berlin, 23. Juni. Zur Besprechung der in der Unterredung zwischen Brüning und Dietrich behandelten Fragen tritt das Reichskabinett voraussichtlich am Dienstag vormittag zusammen. In der Kabinettssitzung dürfte die Entscheidung darüber fallen, ob das Finanzprogramm so gestaltet werden kann, daß Dietrich die Annahme des Reichsfinanzministeriums möglich erscheint. Im Laufe des Montags fand übrigens auch eine Unterredung zwischen Brüning und dem Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Scholz, statt, die sich auf die etwaige Nachfolge Dietrichs bezog. Wie verlautet, ist auch diese Unterredung ohne Ergebnis geblieben.

*

Volkspartei gegen Kabinett Brüning?

Berlin, 23. Juni. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beriet am Montag abend mehrere Stunden über ihre programmatischen Forderungen zur künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches. Die Fraktion kam ohne nachdrückliche Beschlußfassung, nach zuverlässigen Mitteilungen, die der T.-U. zugegangen sind, zu dem Ergebnis, daß sie für ein irgendwie geartetes Notopfer, das an die Moldenhauerschen Pläne oder an die preußischen Vorschläge angelehnt wäre, nicht zu haben ist. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei will unseres Wissens Dienstag vormittag vor der in Aussicht genommenen Kabinettssitzung den Reichskanzler mit ihrer Haltung vertraut machen. Von der Haltung des Kanzlers zu diesen Forderungen wird die Deutsche Volkspartei ihre weitere Haltung gegenüber dem Kabinett abhängig machen.

Die sozialdemokratischen Richtlinien.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion legte ihre Richtlinien der Finanz- und Wirtschaftslage endgültig fest. Es ist festgestellt, daß die Maßnahme der Regierung Brüning die Finanz- und Wirtschaftsnöte nicht zu beseitigen vermocht hätte. Die von der Regierung aufgestellten Pläne bedrohen das Wirtschaftsleben aufs Neue mit Verminderung der Massenkaufkraft. Eine Schätzung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird die Krise verschärfen. Die Lage fordere einen Abbau der Preise und Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit. Deshalb müssen die vorläufigen Handelsverträge und das Genfer Abkommen über den Zollfrieden sofort ratifiziert werden. Die Arbeitslosigkeit mache schleunigste Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes und Sicherung des 8-Stunden-Tages erforderlich. Darüber hinaus müsse eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarung angestrebt werden.

Der Teil der Richtlinien, der sich mit der finanziellen Frage beschäftigt, besagt, daß bei allen öffentlichen Körperschaften äußerste Sparsamkeit eintreten müsse, ohne die sozialen Verpflichtungen des Reiches zu verschechtern. Vor allem müßten die Ausgaben für militärische Zwecke, für den auswärtigen Dienst, die hohen Pensionen und Gehälter abgebaut werden. Soweit darüber hinaus

neue Einnahmen zur Deckung des Haushaltfehlbetrages

notwendig seien, erreiche man dieses am besten und gerechtesten durch einen 10prozentigen Aufschlag auf die Einkommensteuer. Nur wenn für diesen Zuschlag die notwendigen Mittel nicht aufgebracht werden könnten, sei daneben eine Heranziehung derjenigen Volksschichten nicht zu vermeiden, die der Gefahr der Erwerbslosigkeit nicht ausgesetzt seien. Mit Bezug auf die

Gemeindefinanzen

wird erklärt, daß die Ausgaben für die Krisenfürsorge den Gemeinden abgenommen werden müßten. Weiter wird die Einführung einer Schankverzehrsteuer empfohlen und gefordert, daß die Gehaltsordnungen der Länder und Gemeinden die Sätze der Reichsbesoldungsordnung nicht übersteigen dürften.

Berliner Pressestimmen zur Landtags-Wahl

Berlin, 23. Juni. Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen wird am Montag von allen Berliner Blättern ausführlich behandelt. Der Abend erklärt, der Erfolg der Faschisten sei zugleich eine schwere Niederlage der bürgerlichen Parteien. Diese Wahl habe die Situation in Sachsen noch verworrener gestaltet als sie es ohnehin schon war. Die Vossische Zeitung betont, daß die Deutsche Volkspartei, die seit dem Hinscheiden Stresemanns von wechselnden Strömungen hin und her gerissen werde, den größten Teil der Zeche bezahle. Die Lehre des 22. Juni sei: Mit Parlamentsauflösung ohne klares Ziel, ohne straffe Führung werde die Zersplitterung vermehrt und der Radikalismus gestärkt. Auch das Berliner Tageblatt weist darauf hin, daß das, was man volksparteilicherseits mit dem schönen Wort „Bürgerblockpolitik" nenne, den Ruin der Partei als Ganzes zur Folge habe. Mit der Parole: Nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie habe man am Sonntag Hitler seinen Sieg ermöglicht. Die Germania meint, wenn die linksradikale Vergangenheit und die rechtsradikale Gegenwart auch heute der sächsischen Mitte noch nicht zur Einsicht verhelfen könne, dann sei ihr überhaupt nicht mehr zu helfen. Dann sei auch der letzte Beweis für die Notwendigkeit erbracht, daß die Tage des Länderparlamentarismus in seiner heutigen Form gezählt sein müßten. Die DAZ. ist der Ansicht, daß die Wahlen in Sachsen eine außerordentliche Festigung der Position des Reichskanzlers sein müßten. Wenn jemals, so scheine jetzt der psychologische Augenblick gegeben, um im Rahmen eines umfassenden Programms zur Neuordnung der öffentlichen Wirtschaft zu schreiten. Die Deutsche Tageszeitung weist darauf hin, daß die Volksnationale Reichsvereinigung mit weniger als 40 000 Mahraun sicher eine schwere Enttäuschung gebracht und den klaren Beweis geliefert habe, daß sie nur zersplittern und schwächen, nicht aber Bausteine zu einer neuen bürgerlichen Front liefern könne. Der Christlich-soziale Volksdienst habe allenfalls einen Achtungserfolg zu verzeichnen. Der Berliner Lokalanzeiger erklärt, daß der Kampf auf Zertrümmerung der Deutschnationalen Volkspartei diese wesentlich geschwächt und weiter nichts genützt habe, als daß zwei einflußlose Splitterparteien mehr im sächsischen Landtag vorhanden sein werden. Die Deutsche Zeitung findet den Verlust der Mittelparteien über die Grenzen Sachsens hinaus bedeutsam, vor allem die ungeheure Niederlage der Deutschen Volkspartei. Die Notopferpläne Moldenhauers seien seiner Partei sehr teuer zu stehen gekommen.

Der „Völkische Beobachter" zum sächsischen Wahlergebnis

München, 23. Juni. Das nationalsozialistische Hauptorgan, „Der Völkische Beobachter", erklärt zu dem Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen: Die beherrschende Stellung der Nationalsozialisten sei unbestritten. Die bürgerlichen Parteien seien gezwungen, mit den Nationalsozialisten zusammen die Regierung zu bilden. Es sei selbstverständlich, daß aus dieser Konstellation für die Regierungsbildung die Folgerungen gezogen werden müssen. Die Nationalsozialisten werden vor allem das Innenministerium fordern. Sachsen sei das zweite Land, das nach Thüringen unter nationalsozialistischen Einfluß komme. Die mitteldeutsche Barriere sei im Aufbau begriffen. Von dieser Grundtendenz aus werde über kurz oder lang der Vormarsch angetreten und die Eroberung des Reiches verwirklicht werden. Nun sei Bayern an der Reihe.

*

Der Zusammentritt des neuen Landtages.

Nach der sächsischen Verfassung muß der neugewählte Landtag spätestens am 30. Tage nach dem Wahltage zusammentreten. Zunächst muß die Ermittelung des amtlichen Wahlergebnisses abgewartet werden, dann wird die Erklärung der Abgeordneten über die Annahme der Wahl eingeholt und nach deren Eingang die Einberufung des Landtages durch die Regierung anberaumt. Mit dem Zusammentritt des neuen Landtages ist frühestens in der ersten Juliwoche zu rechnen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF